

Thorner Zeitung.



Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 2 *M.* — Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 *M.* 50 *S.*

Begründet 1760.

Redaktion und Expedition Bäckerstraße 255.
Inserate werden täglich bis 2 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 10 *S.*

Nro. 90.

Dienstag, den 16. April.

1878.

Telegraphische Depesche

der Thorner Zeitung 15. 4. 78. Nhm.

Warschau, 15. April. Heutiger Wasserstand 8 Fuß 6 Zoll. Fällt noch, obgleich langsam. Deutsches Consulat.

Das Tabaks-Enquetegezet.

Die „Berliner Autographirte Correspondenz“ enthält in einer ihrer neuesten Ausgaben einen Artikel, welcher das oben angegebene Thema bespricht und in welchem die Anschauungen der Majorität, wenn nicht der ganzen nationalliberalen Partei in der aufgeworfenen Frage zum Ausdruck gelangen. Der Artikel lautet: Das Tabaks-Enquetegezet liegt bis jetzt noch nicht vor, so daß seine Verhandlung im Reichstage vor den Osterferien nicht mehr wahrscheinlich, ja kaum möglich ist. Es scheint diese Verzögerung offenbar durch die Behandlung, welche die preussische Vorlage im Bundesrathe erfahren hat, herbeigeführt zu sein, und zwar insbesondere durch die Ausdehnung, welche den preussischen Vorlagen vom Bundesrathe gegeben worden ist, die jedoch im amtlichen Texte noch nicht vorliegt. Nach den bisher in die Öffentlichkeit gelangten Mittheilungen zu schließen, bezieht sich diese Ausdehnung auf die strenge und vollständige Durchforschung derjenigen Mittel, die als directe Vorbereitung zur Einführung des Tabaksmonopols dienen. Hierin scheinen die Beschlüsse des Bundesrates sogar weit über die Forderungen der preussischen Vorlage hinauszuweisen; mit großer Wahrscheinlichkeit dagegen ist anzunehmen, daß der Reichstag seine Thätigkeit nach der entgegengesetzten Richtung hin entwickeln wird. Man wird sich erinnern, daß der frühere preussische Finanzminister Camphausen bei der ersten Lesung der Tabaksvorlage dem Reichstage zurief, die Regierung würde eine Vorlage machen, welche den Reichstag zwingen würde, zu dem Tabaksmonopol Stellung zu nehmen; er charakterisirte die in Aussicht gestellte Vorlage ihrem Inhalte nach etwa dahin, daß man von dem jetzt in der Beratung des Bundesrates befindlichen Gesetzentwurf erwarten darf, er werde den Reichstag vor die Monopolfrage stellen. Demgemäß sind in diesem Gesetzentwurf zwei verschiedene Dinge vereinigt: erstens die Forderung derjenigen Mittel, welche eine Erforschung der verschiedenen Arten der Tabaksteuerung und ihrer Wirkungen ermöglichen und Material für die zukünftige Gesetzgebung hierüber herbeischaffen sollen, und zweitens die Aufforderung an den Reichstag, sich ausdrücklich darüber zu entscheiden, ob und wie weit er auf das Tabaksmonopol einzugehen wünsche, und wie weit die Einführung desselben vorbereitet werden solle. Diese beiden Fragen werden wohl verschieden zu beantworten sein. Die Mittel zur statistischen Aufklärung durch Thatsachen können nur diejenigen zurückweisen, welche unter allen Umständen eine Vermehrung der Reichseinnahmen aus dem Tabak nicht wollen, entweder weil sie diesen Gegenstand hierzu nicht für geeignet halten, oder weil sie grundsätzlich jeder Mehrbesteuerung im Reiche sich entgegenstellen, gleichviel unter welchen Kompensationen oder Garantien dies geschehen möge. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit des Reichstages auf diesem Standpunkt steht; nach den Ausführungen, welche bei der ersten Lesung der Steuervorlage im Reichstage gemacht wurden, ist vielmehr anzunehmen, daß die Mehrheit des Reichstages den Tabak für ein Steuerobjekt hält, aus welchem erhebliche Mehreinnahmen für das Reich gezogen werden können, daß dagegen über die Methode der Besteuerung noch keine Gewißheit besteht. Darnach ist vorauszuweisen, daß der allgemeine Zweck der Enquete, insoweit durch diesen Vorschlag konstatirt wird, daß die Regierung selbst noch keine bestimmte Basis hat von der Mehrheit des Reichstages gebilligt werden wird, und daß auch die Mittel zu einer solchen Enquete werden gewährt werden. Ganz anders stellt sich dagegen die Sache bei der zweiten Frage, inwieweit die Mittel zur Vorbereitung des Monopols verwendet werden sollen, und ob demgemäß ein Votum zu Gunsten des Monopols abzugeben ist. In dieser Hinsicht ist vorauszuweisen, daß der Reichstag einen entgegengesetzten Standpunkt wie zu der ersten Frage einnehmen wird. Von unserer Seite ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß wir das Tabaksmonopol für keine geeignete Besteuerungsform halten. Man hat nicht Abstand genommen, an ein solches ablehnendes Votum sogar große politische Folgen zu knüpfen. Diejenigen, welche unsern Standpunkt theilen, haben ein wesentliches Interesse daran, daß schon durch das Votum des Reichstages über dies Enquetegezet jeder Zweifel über die ablehnende Haltung entfernt werde. Insbesondere ist die unmittelbare Folge hiervon, daß alle diejenigen Ermächtigungen, welche nur durch eine Vorbereitung des Monopols ihre Rechtfertigung finden können, verjagt werden. Die Regierung muß zeitig genug die Absicht des Reichstages erkennen, damit die Enquete demgemäß auf die übrigen Besteuerungsarten hingeleitet werde, während andererseits, wenn etwa die Regierung von vornherein befreit wäre, auf die Einführung des Monopols hinzuwirken, die Gefahr sehr nahe läge, daß sie, wenn ihr die Mittel der Vorbereitung dazu gewährt werden, die ganze Schwerekraft der Enquete darauf verwenden würde, die Vorzüge des Monopols und vor Allem seine finanziellen Vortheile gegenüber den anderen Besteuerungsarten in ein möglichst helles Licht zu setzen. Für uns ist die Frage des Monopols aber nicht lediglich eine finanzielle Frage, sondern und zwar in hervorragender Weise eine wirtschaftliche, eine politische Frage. Alle diejenigen, welche durch die Gesamtheit der Erwägungen dazu kommen, unter den gegebenen Verhältnissen sich dafür zu erklären, daß die für die

selbstständige Finanzverwaltung des Reiches nothwendigen Mehreinnahmen auf anderen angemessenen Wegen zu suchen seien, werden sich dazu vereinigen müssen, das Ergebnis der Verhandlungen über das Enquetegezet derartig zu gestalten, daß daraus die Regierung klar die Absicht des Reichskanzlers erkennt, ihr auf dem Wege des Tabaksmonopols nicht zu folgen.

Es ist bekannt, daß die nationallib. Fraktion in ihrer letzten Sitzung fand, daß das vorgeschlagene Mittel über das gebotene Ziel weit hinausreicht, sie hat sich daher gegen dasselbe erklärt. Es wird demnach der Regierung Nichts übrig bleiben, als andere Wege zu dem Ziele einer wirklichen Steuerreform zu suchen.

Zur orientalischen Krise.

Die „Times“ schließt eine längere Betrachtung mit der Bemerkung: Vielleicht liege die beste Hoffnung unter solchen Umständen in dem Eintreten irgend einer vermittelnden Autorität, und man dürfe darum einige Ermuthigung schöpfen aus der Thatsache, daß dem Verlauten nach die deutsche Regierung ihr Bestes thue, um ein besseres Verständniß zwischen Rußland auf der einen, Oesterreich und England auf der anderen Seite herbeizuführen. Aber wenn diese Bemühungen erfolgreich sein sollen, ist die vollständige Anerkennung des für jetzt allein streitigen Punktes erforderlich. Keine Erläuterungen des Vertrages, keine separaten Konzeptionen können der Schwierigkeit begegnen.

In dem bereits signalisirten Artikel des „Journal de St. Petersburg“ wird auswärtigen Blättern gegenüber auf das Bestimmteste erklärt, daß die „Freiheit der Aktion“ auf dem Kongresse nothwendiger Weise für jede Macht die Berechtigung einschließe, auf dem Kongresse jeden Artikel des Friedensvertrages von San Stefano zur Discussion vorzuschlagen. Ebenso schließe die „Freiheit der Appreciation“ die Berechtigung für jede Macht ein, jede Stipulation des Vertrages im Hinblick auf ihre eigenen oder die europäischen Interessen zu prüfen und die aus ihr sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Es sei Zeit, diese Discussion zu schließen. Es hänge von den Mächten ab, zu entscheiden, ob sie nicht nur zu einer Besprechung des Friedensvertrages, sondern auch zu einer Lösung der Schwierigkeiten im Orient, sei es auf dem Wege eines Congresses oder auf dem des schriftlichen Meinungs-austausches, gelangen wollten. Das Petersburger Cabinet entziehe sich keinerlei Discussion, die zu einem Einvernehmen führen könne. Der Vertrag von San Stefano sei lediglich die Form gewesen, die den Konsequenzen des Krieges gegeben worden sei, um die Türkei an die Wünsche Europas, deren Erfüllung sie verweigert habe, zu binden. Wenn die Mächte andere Mittel fänden, ihre Interessen mit den Umgestaltungen im Orient in Einklang zu bringen, so habe das Petersburger Cabinet keinen besseren Wunsch, als daß darüber diskutirt und der Prälimarvertrag in diesem Sinne abgeändert werde, vorausgesetzt, daß durch diese Lösungen der Erfolg des Krieges nicht in Zweifel gestellt werde, der so viel Blut gekostet habe, und daß durch diese Lösungen den Opfern Rechnung getragen werde, die von Rußland gebracht worden seien, um allein Dasjenige zum Ziel zu führen, was Europa für nothwendig erachtet habe, das zu realisiren aber Europa nicht Gefahr laufen wolle.

Die „Pester Correspondenz“ meldet aus Wien: Heute hat unter dem Vorsitz des Kaisers eine weisführende Beratung stattgefunden, welcher der Kriegsminister, die beiderseitigen Ministerpräsidenten und die beiderseitigen Landesvertheidigungsminister beiwohnten.

Deutschland.

— Berlin, 14. April. Unsere Voraussetzung, daß die Antwort des Kaisers Wilhelm an den Papst Leo XIII. dem Sinne nach identisch sein werde mit der Antwort des Kaisers von Rußland an den genannten Papst, dürfte sich vollkommen bestätigen. Aus Rom wird der „Pall Mall Gazette“ unter dem 13. d. telegraphirt, „Deutschland bestätigte aufs Neue die Maigesetze bezüglich der Kirche und weigerte sich die Bischöfe wieder zu installieren, die ihrer Sitze wegen Ungehorsams beraubt wurden.“ Es mag dies ein ungenauer Wiederhall sein, aber wir zweifeln nicht daran, daß die Reichsregierung sich ebenso, wie Rußland mit Festigkeit auf den Standpunkt des geschaffenen Rechtes stellt. In den Maigesetzen bezieht der Staat eine bessere Garantie für die volle Wahrung seiner Rechte, als sie die Persönlichkeit des neuen Papstes zu bieten vermöchte. Es würde auf Kosten der Zukunft geschehen, wenn irgend ein Titel der Maigesetze aus persönlichen Rücksichten beseitigt würde.

— In der kaiserlichen Marine herrschte bisher ein bedeutender Mangel an Ersatz-Mannschaften der seemännischen Bevölkerung, derart, daß es trotz der ausgeübten Kontrolle nicht möglich war, den Bedürfnissen der Flotte in dieser Beziehung Rechnung zu tragen. Bei Bestellung des Ersatzes an seemännischer Bevölkerung im Februar ergab sich alljährlich ein bedeutender Anfall, so daß die Managements die Höhe von 6—700 Köpfen, also mehr als $\frac{1}{2}$ des ausgeschriebenen Ersatzes erreichten. Die dem höchst fühlbaren Mangel abzuwehren, wurden die sogenannte Halbseleute, d. h. Leute, welche nicht ein volles Jahr auf deutschen Schiffen gefahren und Küsten resp. Haff Fischer, welche ihr Gewerbe nicht während eines gleichen Zeitraums betrieben hatten, eingestellt, es wurde das Institut der Vierjährig-Freiwilligen der Landbevölkerung

geschaffen, und schließlich sogar Ersatz-Mannschaften der Landbevölkerung zur Hülfe genommen. Trotz des sich alljährlich nach dem Flotten-Gründungsplan um ca. 200 Köpfe erhöhenden Mannschäfts-Standes der beiden Matrosen-Divisionen ist es nunmehr gelungen, nachdem bei dem diesjährigen Haupt-Einstellungs-Termin, dem 1. Februar, die geforderte Anzahl Seelente annähernd gestellt ist, den Mannschäfts-Stat vollständig aufzufüllen. — Die Gründe, welches dieses günstige Resultat herbeigeführt haben, sind außer in den vorerwähnten Maßregeln in dem festen Zusammenwirken der Seemanns-Ämter und der Ersatz-Behörden zu suchen, dem zu Folge ein Entziehen von der Dienstpflicht, trotz der dieses Verfahren begünstigenden seemännischen Verhältnisse, nunmehr sehr schwierig, wenn nicht unmöglich geworden, — ferner mag auch wohl die allmählig abnehmende Scheu vor dem Kaiserlichen Dienste, welche in früheren Jahren viele Mannschaften, besonders diejenigen der neu erworbenen Küstenstriche, dazu verleitet, sich ihrer Dienstverpflichtung zu entziehen, dazu beigetragen haben und endlich mögen auch die gegenwärtigen Verhältnisse der Handels-Schiffahrt, zu Folge deren wohl noch immer nicht in allen Branchen der frühere Bedarf an Mannschaften erforderlich ist, dazu mitgewirkt haben, daß ein Theil stellenloser Ersatzpflichtiger jetzt den Eintritt in den Kaiserlichen Marineidienst sucht, anstatt wie früher ihn zu vermeiden. Es dürften hierdurch allerdings Leute aus Jahrgängen zur Einstellung gelangt sein, welche nach den für die seemännische Bevölkerung erlassenen Verordnungen noch Ausstand für einige Jahre hätten erhalten können, so daß die Möglichkeit eines in den nächstfolgenden Jahren entstehenden Ausfalls an Ersatz-Mannschaften vorliegt. — Hoffen wir indeß, daß diese Befürchtungen sich nicht verwirklichen werden, daß vielmehr die momentan so erfreulichen Ersatz-Verhältnisse der Kaiserlichen Marine bleibende sein werden.

— Der in dem Streite mit Nicaragua vielfach genannte Geschäftsträger des Deutschen Reiches für Central-Amerika, Herr v. Bergen ist mit dem rothen Adlerorden III. Klasse decorirt worden.

— Das Reichskanzleramt publicirt eine neuere Nachweisung der Tabakverzollungen im deutschen Zollgebiete für die Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 31. März 1878: Nach derselben sind an Tabak aller Art verzollt und in freien Verlehr gefeset 935155 Str (gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres + 675380 Str) Die Eingangsabgabe dafür beträgt 11714485 *M.* (+ 8386945 *M.* n Davon sind sofort eingezahlt 6034602 *M.*, creditirt 567988. *M.* An unverzolltem ausländischem Tabak aller Art lagerten i.) den öffentlichen Niederlagen am 31. März 1878: 249376 *M.* (50582 *M.*)

— Daß es bei der Militäraushebung mit der Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit etwas genauer und strenger, als bisher zu geschehen pflegt, genommen werden müsse, dazu dürfte wohl auf-fordern, was der jüngst aus dem Kriegsministerium hervorgegangene statistische Sanitäts-Bericht für das Rapport-Jahr vom 1. April 1873 bis zum 31. März 1874 über die Ursachen der Dienstuntauglichkeit der im ersten Dienstjahre stehenden Rekruten mittheilt. Es sind nämlich wieder entlassen worden: wegen Gesichtsschwäche 231, Blindheit 121, hochgradiger Kurzsichtigkeit 135, wegen Kropfes 46, Abnormität des Rückgrats oder des Brustkastens 59, wegen Unterleibsbruchs 334, Wasserbruchs 17, Krampfadernbruchs 66, wegen Abnormität der Gliedmaßen 150, wegen Steifheit des Daumens 55, Steifheit eines Fingers 184, wegen Plattfuß 111, Krampfadern 93, wegen hervorragender Fußballen 15, wegen schwacher Brust 176 — in Summa 1773.

— Bei der Wahl des Fürsten von Hapsfeldt und Trachenberg im Reichstagswahlkreise Mittelschlesien wurden für denselben, wie die „Post“ hört, 8989 Stimmen, für den Sattlermeister J. Kräder zu Breslau (Sozialdemokrat) 2080 Stimmen abgegeben. 132 Stimmen zerplitterten sich, 52 Stimmen waren ungültig.

— In Bezug auf den Fall Bishop vernimmt die „Post“, daß die Untersuchung zum Abschluß gediehen ist, und daß in jedem Fall, möge der Mitangeklagte Ehlerz zur Haft gebracht werden oder nicht, in nicht langer Zeit der Audienztermin in dieser Sache anberaumt werden wird.

— Die Berliner Sozialdemokratie beging am 11. d. M. die Geburtstagsfeier Ferdinand Lassalle's im großen Saale des Handwerkervereins, welchen der Partei zugethane Frauen und Mädchen, unter Leitung der Frau Stegemann, festlich geschmückt hatten. Oberhalb der reich bekränzten Rednertribüne erhob sich, inmitten von Palmenzweigen, Topfgewächsen u. die Büste Lassalle's mit der Märtyrerkrone auf dem Haupte. Durch den ganzen Saal zogen sich, mit Guirlanden abwechselnd, rothe Transparente und Fahnen mit auf das Fest Bezug habenden Sinnsprüchen. Es mochten etwa 1000 Personen, Männer, Frauen und einige Kinder anwesend sein. Von bekannten Persönlichkeiten bemerkte man u. A. das gesammte Redactions- und Expeditionspersonal der „Berliner Freien Presse“, darunter die Abgeordneten Auer und Mos. Der Zimmerer Finn leitete das Fest. Derselbe theilte bei Eröffnung desselben mit, daß die Polizei verboten habe, eine Festrede zu halten. — Alsdann trug ein kleines 8 Jahre altes Mädchen ein Gedichtchen vor. Hierauf folgte Musik und der Vortrag der Marschallaise und sonstiger sozial-demokratischer Lieder von sämmtlichen hiesigen sozial-demokratischen Gesangsvereinen. Das Publikum accompagnirte sehr häufig aufs lebhafteste den Sängern. Erst in sehr später Nachtstunde endete das Fest.

